

Landrat Eberhard Nuß - Haushaltsrede 2018
Kreistag vom 19. März 2018

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Haushalts-Entwurf, der Ihnen heute zur Abstimmung vorliegt, ist nicht mehr ganz identisch mit dem Entwurf, der Ihnen zur Jahreswende als Beratungsgrundlage übersandt worden ist.

Insbesondere in den Bereichen

- liquide Mittel,
- Kreisumlage/Bezirksumlage,
- Schlüsselzuweisungen,
- Krankenhausumlage

mussten die Zahlen angepasst werden, weil zum Zeitpunkt der Entwurfserstellung die endgültigen Zahlen noch nicht vorgelegen haben.

Ebenso wurde auf der Einnahme-Seite der jetzt in Aussicht stehende Erlös aus dem Verkauf des ehemaligen Kreisaltenheims in Aub berücksichtigt.

Unter Einbezug dieser Änderungen kann ich Ihnen heute einen Entwurf für den Haushalt 2018 vorlegen, der die bei uns seit Jahren definierten und eingehaltenen Prinzipien widerspiegelt, nämlich

- Abbau der Verschuldung,
- Verlässlichkeit in der Kreisumlage,
- hohe Investitionen zum Erhalt der kreiseigenen Straßen und Gebäude.

Für die Beratungen in den Fraktionen im Vorfeld dieser Sitzung standen Ihnen Frau Hümmer und Herr Krug aus der Finanzverwaltung zur Verfügung.

Ganz herzlichen Dank an Sie beide!

Ich weiß natürlich, meine Damen und Herren, dass bei den Beratungen in allen Fraktionen die Höhe der Kreisumlage im Mittelpunkt stand.

Lassen Sie mich aus diesem Grunde auf die Wiedergabe von Zahlen, die im Haushalt nachzulesen sind, an dieser Stelle verzichten und das Hauptaugenmerk meiner Haushaltsrede auf die Höhe der Kreisumlage legen.

Die Ausgangssituation ist insgesamt fantastisch.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland sind weiterhin hervorragend und wir profitieren von dieser Situation in der gesamten kommunalen Familie:

- beim Bezirk,
- beim Landkreis
- und auch bei der überwiegenden Anzahl der Gemeinden.

Wir haben mit ca. 36,6 Millionen Euro ein gutes Polster an liquiden Mitteln.

Und: es gibt im Haushalt 2018 Spielraum für die Senkung der Kreisumlage.

Vorhandene Schulden können abgebaut und trotzdem kann investiert werden.

Ein Wermutstropfen in dieser Entwicklung ist sicher, dass die Kapazitäten insbesondere der Bauindustrie ausgelastet sind.

Unternehmen können sich ihre Aufträge aussuchen, was nicht zuletzt

- zu einer deutlichen Erhöhung der Preise
- und damit zu einer Verteuerung von Investitionen führt.

Auch die Damen und Herren Bürgermeister können davon ein Lied singen.

Wie sollte die öffentliche Hand mit dieser Situation umgehen, die sich natürlich auch schnell wieder ändern kann?

Es gibt seit dem Jahr 1967 das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, das sogenannte Stabilitätsgesetz.

Dieses Gesetz sagt im Kern,

- dass der Staat sich bei einer überschießenden Konjunktur mit Investitionen eher zurückhalten soll,
- um dann bei einem eventuellen Abschwung die Wirtschaft durch staatliche Investitionen zu stabilisieren.

Der Staat sind unserem Fall wir, die dafür sorgen sollten, dass im richtigen Zeitpunkt die liquiden Mittel für Investitionen vorhanden sind.

Diese Mittel sind vorhanden und es ist auch nichts Unkeusches, dass sie vorhanden sind.

- Im kameralen Haushalt waren die liquiden Mittel in der Rücklage oder in den Haushaltsresten versteckt.
- Durch den Umstieg auf die Doppik sind sie erstmals transparent gemacht worden.

Da waren diese Gelder schon immer! Gott sei Dank!

Man darf auch nicht übersehen, meine Damen und Herren:

Die liquiden Mittel sind die einzige Möglichkeit des Landkreises, Investitionen zu

tätigen, die nicht durch Zuschüsse finanziert sind.

Die Alternative wäre der Weg in die Verschuldung – und das will keiner. Gott sei Dank!

Im Entwurf der Verwaltung ist eine Senkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt vorgesehen.

Der Landkreis Würzburg ist sowohl unterfrankenweit wie bayernweit mit seiner aktuellen Kreisumlage von 40 Prozent an der Spitze der niedrigsten Hebesätze:

- In Bayern belegen wir Platz 3,
- in Unterfranken Platz 2.

Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin Sportler durch und durch, aber die Bayerische Meisterschaft in dieser Disziplin strebe ich nicht an.

Das hatten wir schon mal.

Vor dreißig Jahren haben sich die Landkreise bayernweit in einen Wettbewerb um die niedrigste Kreisumlage eingelassen und haben damit zum Teil gigantische Schuldenberge ausgelöst.

Im Jahr 1987 war es im Landkreis Würzburg gelungen, mit 32 Prozent den niedrigsten Hebesatz in Bayern zu erreichen.

Genau drei Jahre, bis 1990, konnte dieser Hebesatz gehalten werden. Danach wurde er innerhalb von drei weiteren Jahren - bis 1993 - auf stattliche 46 Prozent angehoben.

Im selben Zeitraum – auch innerhalb dieser drei Jahre - stieg der Schuldenstand von neun Millionen Euro auf stolze 24,6 Millionen Euro.

Die Zahlen sind selbstverständlich von D-Mark auf Euro umgerechnet.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich wehre mich nicht – dieses Mal nicht –

- gegen eine höhere Senkung der Kreisumlage,
- gegen den Schluck aus der Pulle für unsere Gemeinden

weil's geht und weil's an der Zeit ist.

Ich sehe aber auch die Zukunft und verlasse ich mich auf die Zusage aller Fraktionen, dass der Hebesatz auch wieder angepasst wird, falls das in den nächsten Jahren notwendig wird.

Wir haben miteinander in diesem Kreistag, liebe Kolleginnen und Kollegen,

- im Jahr 2007,

- damals dem Vorbild des Freistaats folgend, zum ersten Mal einen ausgeglichenen Haushalt verabschiedet.

Niemand von uns wusste seinerzeit, wie lange wir das durchhalten können.

Es war einfach der richtige Versuch, mal mit den Mitteln auszukommen, die wir haben.

Uns so zu verhalten, wie es jede vernünftige Familie im privaten Haushalt auch tut: nicht mehr ausgeben, als man zur Verfügung hat.

Dass wir diese Philosophie trotz Euro- und Finanzkrise über elf Jahre durchgehalten haben, liebe Kollegen und Kollegen,

- das ehrt diesen Kreistag,
- das ehrt uns!

Und genau so sollten wir weiter machen.

Eines möchte ich nicht unerwähnt lassen:

Um die aktuelle Kreisumlage von 40 Prozent um den einen Punkt auf 39 Prozent senken zu können, musste die Finanzverwaltung die in den Jahren bis 2021 vorgesehenen Investitionen um insgesamt 3,6 Millionen Euro reduzieren, oder besser gesagt: strecken.

Von diesen Reduzierungen sind betroffen

- die EDV-Ausstattung mit 492.000 Euro,
- die Feuerwehr mit 1,2 Millionen Euro,
- der Straßenbau (Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten) mit 400.000 Euro,
- der Zuschuss zur Renovierung des Dag-Hammarskjöld-Gymnasiums mit 500.000 Euro,
- der Zuschuss für die Sanierung des Mainfrankentheaters mit 500.000 Euro
- und der Zuschuss für die Ortsumfahrung Rimpar mit 500.000 Euro.

Bei den ersten drei Posten handelt es sich um echte Einsparungen.

Bei den Zuschüssen zu den drei letztgenannten Maßnahmen handelt es sich um Verschiebungen in die Zukunft.

Wir wissen alle, meine Damen und Herren,

- der Landkreis Würzburg hat im investiven Bereich gewaltige Aufgaben vor sich,
- die sich weit über den Finanzplanungszeitraum hinaus erstrecken werden.

An vorderster Stelle sei hier die Sanierung der Main-Klinik genannt.

Wir haben vor, den nicht geförderten Eigenanteil vollkommen aus Kreismitteln zu finanzieren, also müssen im Finanzplan für die nächsten 12 bis 14 Jahre jährlich zwei Millionen Euro zusätzlich zum Verlustausgleich für die Main-Klinik vorgesehen werden.

Bei der Sanierung der Förderschulen können wir davon ausgehen, dass im Finanzplanungszeitraum einer der beiden Standorte – wenn's nach mir geht: Höchberg - abgeschlossen werden kann.

Die Sanierung des zweiten Standorts Veitshöchheim ist für die Zeit danach vorgesehen.

Ähnlich sieht es aus beim Zuschuss zur Ortsumgehung Rimpar.

Auch hier wird der Zuschuss wohl erst nach Ende des laufenden Finanzplans anfallen, wenn beide Abschnitte - West und Süd – gebaut worden sind.

Man muss kein Hellseher sein, meine Damen und Herren, um vorher zu sagen, dass die im Augenblick gute wirtschaftliche Situation nicht ewig anhalten wird.

Wir sollten bei allen unseren Überlegungen die mögliche Entwicklung in die andere Richtung im Auge behalten.

Aus diesem Grund achten wir darauf, dass eine weitere Senkung der Kreisumlage im Finanzplanungszeitraum solide gegenfinanziert ist, z. B.

- durch Änderungen im Straßenbauprogramm,
- z.B. bei Projekten, von denen wir ganz genau wissen, dass sie im laufenden Jahr aus verschiedenen Gründen gar nicht verwirklicht werden können.

Was wir nicht machen sollten - und da sind wir uns alle einig - ist die Kürzung von Sondertilgungen laufender Kredite.

Wir bleiben uns treu und leisten planmäßig genau die Summen, die im Finanzplan dafür vorgesehen sind.

Alles in allem, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mir ist wichtig, dass wir heute, am Ende unserer Beratungen, eine Entscheidung treffen,

- die keine Bauchschmerzen verursacht,
- die im Hinblick auf die Zukunft gut vertretbar
- und rechnerisch darstellbar ist.

In diesem Sinne freue ich mich,

- wenn wir heute einen Konsens über der Höhe der Kreisumlage finden können
- und wenn es uns gelingt, den Haushalt 2018 mit einer großen Mehrheit zu verabschieden. - Herzlichen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.